

Lebenslügen und Sprachmanipulation als Werkzeuge zur Erreichung politischer Ziele

Teil 4:

Die Ignorierung von Tatsachen, gezeigt an politisch korrekten Ansichten und Bestrebungen

Von Wolfgang Hendlmeier

Die einflußreichen Kräfte der sog. „Westlichen Wertegemeinschaft“ legen größten Wert auf die **Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes**. Dieser kann allerdings dem Gerechtigkeitsgrundsatz völlig widersprechen und führt dann zu ideologisch begründeter Gleichmacherei, nämlich dann, wenn Menschen trotz ungleicher Voraussetzungen gleich behandelt werden. Ein Beispiel: Es kommt immer wieder vor, daß Führungskräfte bei Personaleinstellungen Frauen im Vergleich zu geeigneteren Männern bevorzugen, weil höhere Stellen eine sog. Frauenquote wünschen. Selbstverständlich müssen gleich begabte und gleich fleißige Frauen und Männer auch gleich behandelt werden. Was aber, wenn für eine Bewerberin und einen gleich geeigneten Bewerber nur eine einzige Stelle zur Verfügung steht? Ähnlich schwierig ist die „richtige“ Arbeitsplatzvergabe an Menschen mit deutschen oder mit ausländischen Vorfahren. Entweder gilt die Qualifizierung oder die Eigenschaft „Frau“ oder Bewerber „mit Migrationshintergrund“; denn unvereinbare Kriterien lassen sich nicht unter einen Hut bringen.

Johannes Scherr schreibt zur Ungleichheit der Menschen in seiner Erzählung „Der Dede Sultan“ (2.):

„Von den ältesten Zeiten bis zur gegenwärtigen Stunde hat es nie an feinfühlenden, warmherzigen Menschen gefehlt, welche die traurige Tatsache, daß Glück und Unglück, Arbeit und Genuß ihren Mitmenschen keineswegs immer nach Verdienst zugemessen werden, nicht rasten und ruhen ließ. ... Sie übersahen oder wollten übersehen, daß die Natur selbst mit jener unerbittlich grausamen Logik, welches ihr erstes und ewiges Attribut ist, die Tatsache der Ungleichheit gesetzt hat und festhält.

Solange die Menschheit existiert, wird es schöne und häßliche, starke und schwache, gesunde und kranke, gescheite und dumme, fleißige und faule, sparsame und verschwenderische, ehrliche und gaunerische, großdenkende und kleinrechnende, gebietende und gehorchende Menschen geben. ... Eine kommunistische Schablonenmenschheit

oder Menschheitsschablone ist nur ein Narrenwahn, ... das Zukunftsparadies, das Millennium der Freiheit und Gleichheit, des Friedens und der Freude entweder ein Traum wohlwollender Toren oder ein Kaleidoskop (Anm.: Wunschbild) für große Kinder oder endlich ein Köder, welchen Gauner auslegen, um Gimpel damit zu fangen“ (Zitat gekürzt

Das deutsche Bildungssystem ist in den letzten 60 Jahren mehr und mehr durch Gleichheitsideologen zum Vorteil nichtdeutscher Staaten heruntergefahren worden. Ständig wird vor allem von linken Kreisen das mehrgliedrige Schulsystem angeprangert. Die seit weit über 100 Jahren bewährten deutschen Hochschulabschlüsse werden seit einigen Jahren entsprechend dem 1999 beschlossenen „Bolognaprozeß“ durch Abschlüsse nach ausländischem Vorbild ersetzt, damit die jungen Leute leichter im Ausland studieren und dort Fuß fassen können (und sollen). Es gibt aber kaum junge Menschen, die das neue Studiensystem für gut halten. Unsere Politiker handeln auch hier diktatorisch zu Lasten Deutschlands. Diese Ideologen wollen nicht wahrhaben, daß nicht alle Kinder und Jugendlichen gleich begabt und gleich fleißig sind und daß Zuwandererfamilien sich um das Erlernen der deutschen Sprache durch ihre Kinder selbst kümmern müssen; denn „ohne Fleiß kein Preis!“ Immerhin stand Deutschland zwischen 1901 und 1970 nach der Zahl der verliehenen Nobelpreise an dritter Stelle in der Länderwertung, nach den USA und Großbritannien.

Noch in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg vermittelte man den Kindern, daß die Familie als Keimzelle des Staates in Stamm und Volk eingebettet ist. In der abendländischen Werteordnung gab es eine natürliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Der Mann war für den Lebensunterhalt der Familie zuständig, die Frau als Mutter für die Betreuung und Erziehung der Kinder. Mann und Frau sind gleichwertig, aber von Natur aus nicht gleich. Diese über Jahrtausende bewährte Einstellung wurde durch das deutsche Grundgesetz am 23. Mai 1949 aufgehoben: Dort hieß es in Art 3 Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Später wurde diese Vorgabe verschärft durch die Anfügung: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Die Entwicklung geht immer mehr dahin, daß die Kinder, ähnlich wie in der früheren Sowjetunion, schon vom Kleinstkindalter an nicht durch Mutter und Vater, sondern durch fremde Personen erzogen und indoktriniert werden.

Aus verschiedenen Gründen ist bei jungen Erwachsenen, insbesondere bei gut ausgebildeten Frauen, der Kinderwunsch stark unterentwickelt. Bekamen beispielsweise die Frauen des Jahrgangs 1937 durchschnittlich noch 2,1 Kinder (bei

diesem Wert sind Geburts- und Sterberate etwa ausgeglichen), waren es bei Frauen des Jahrgangs 1957 nur noch 1,6. Deutschland hat von allen EU-Ländern die niedrigste Geburtenrate, was dazu führen wird, daß Zuwanderer in wenigen Jahrzehnten in Deutschland die Mehrheit stellen und ihre Gebräuche und Gesetze, z. B. die islamische, höchst intolerante Scharia, einführen werden.

In Deutschland werden jedes Jahr im Mutterleib mehr als 110.000 Kinder ohne Vorliegen medizinischer oder kriminologischer Gründe getötet. Das ist Volks-Selbstmord, den die in Deutschland herrschenden Kreise lautstark und intolerant vorantreiben. Seit Beginn der nicht medizinisch oder kriminologisch begründeten, nach Beratung aber straffreien Abtreibung im Jahr 1995 wurden bereits über 2 Mio. Kinder deutscher Herkunft getötet. Dazu kommt, daß inzwischen über ein Viertel der Kinder unehelich geboren wird und in Familienverhältnissen aufwächst, die aus konservativer Sicht unordentlich sind.

Im Sinne der Sprachmanipulation haben herrschende Kreise statt „**Volk**“ den Begriff „Gesellschaft“ eingeführt. Ein Volk besteht aus Menschen gleicher Herkunft und Sprache. In eine „Gesellschaft“ kann man beliebig ein- und austreten.

Aus Sicht von Deutschen, die ihr Vaterland lieben, sind diese Entwicklungen erschreckend. Politisch korrekte Berichte oder Kommentare, z. B. im Internet, sehen aber keinen Grund zur Panik. Offenbar wollen die Meinungsführer die Menschen mit deutschen Vorfahren in Deutschland zunächst zu einer Minderheit werden lassen und sie zuletzt verschwinden lassen. (Schließlich sind alle Menschen gleich.)

Die Politiker der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die öffentliche Verwaltung, die Rechtsprechung, nicht zuletzt die übernationale, und die Massenmedien, dann auch alle „gesellschaftlich relevanten Kräfte“, das sind vor allem große Körperschaften und Verbände wie Kirchen und Gewerkschaften, fördern in Deutschland einhellig ein **Klima der politischen Korrektheit**. Dazu gehören unter anderem folgende Ansichten und Handlungen:

1. Es ist gleichgültig, ob Deutschland von Menschen deutscher Herkunft oder von Zugewanderten bewohnt wird.
2. Jeder Deutsche hat sich an die einzigartigen Verbrechen der Zeit zwischen 1933 und 1945 zu „erinnern“ und dafür insbesondere finanziell „Verantwortung“ zu tragen.
3. Lautstarke Kritik an Handlungen praktisch privilegierter Staaten oder daran, daß Zugewanderte überdurchschnittlich strafbare Handlungen begehen, darf nicht vorgebracht werden.

4. Deutsche werden für manche Handlungen, z. B. Körperverletzung und Totschlag, strenger bestraft als Ausländer, woraus man schließen könnte, ein von einer Straftat betroffener Ausländer sei wertvoller als ein Deutscher. Häufig, eher in der Regel, wird die Nationalität fremder Straftäter bei der Berichterstattung verschwiegen.
5. Nicht unwichtig ist auch die verbreitete Sexual- und Familienmoral: Erstere beruht im wesentlichen auf Anschauungen der orientalischen Religionen Judentum, Christentum und Islam. Sexuelle Handlungen gelten mehr oder weniger als anrühlich und sollen auf die Kinderzeugung beschränkt werden. Im Gegensatz dazu galten Bisexualität und Pädophilie bei antiken Griechen und Römern nicht als anstößig. Damit verbunden war in Griechenland die sittliche Pflicht, sich um den geliebten Menschen zu kümmern. Nur wer Frauen, die ausschließlich für Kinder und Familie sorgen, nicht schätzt, ebensowenig ein gesundes Familienleben in abendländischer Tradition, dagegen Homosexualität oder alleinerziehende Mütter gut findet, gilt nicht als „ewiggestrig“.

Inzwischen haben die linkslastigen Medien dafür gesorgt, daß man sich riesigen Ärger einhandelt, wenn man in der Öffentlichkeit bestimmte Wörter oder bestimmte Vergleiche gebraucht. Der politische korrekte Sprachgebrauch stellt eine Schande für einen freiheitlichen Staat dar. Er wurde nun sogar mit Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in einem Forschungsvorhaben am Lehrstuhl für Germanistische Sprachwissenschaft der Universität Düsseldorf untersucht und in dem Buch „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung“ von Thorsten Eitz und Georg Stötzel, Hildesheim 2009, veröffentlicht. Strengegenommen sind Denkverbote und die durch bestimmte Wörter ausgelösten Betroffenheitsreaktionen nicht Ausdruck von vernünftigem und anständigem Denken und Handeln, sondern von induziertem Irresein.

Wenn Deutsche die angedeutete versteckte Diktatur in Deutschland kritisieren, werden sie als „rechtsradikal“ ausgegrenzt. Genügt ein solches Verhalten der Staatsorgane und insbesondere der Medien der zumindest moralischen Pflicht zur Objektivität und zur gerechten, ausgewogenen Rechtsprechung? Darf man in der Öffentlichkeit seine Meinung nicht mehr vertreten oder sein Wissen nicht mehr bekanntgeben? Warum werden von Massenmedien nur bestimmte Meinungen verbreitet und unerwünschte Ereignisse einfach verschwiegen? Besonders das Zweite deutsche Fernsehen erweist sich immer wieder als politisch korrekter Propagandasender. Zwei Beispiele mögen genügen: Der am 21.11.2009 ausgestrahlte Film „Sonnenwende“ der Krimireihe „Stubbe – Von Fall zu Fall“ behandelte mit Betroffenheit die politisch begründeten Morde ei-

ner Gruppe gewalttätiger junger „Rechtsradikaler“. In ähnlicher Weise machte der am 15.07.2011 in Wiederholung ausgestrahlte, aus dem Jahr 2007 stammende Film „Im Schatten des Adlers“ der Krimireihe „SOKO Leipzig“ Stimmung gegen Heimatvertriebene, die gegenüber den Vertreiberstaaten nicht auf ihren geraubten Besitz verzichten wollen. Die Zuschauer sollten den Eindruck gewinnen, daß Vertreibung und Enteignungen gerechtfertigte Folgen deutscher Verbrechen gewesen sind. Unterhaltungssendungen werden also für deutschfeindliche Propaganda mißbraucht. Der Verfasser stellt ausdrücklich klar, daß das Vergeben und Vergessen, nicht aber rachsüchtige und erpresserische Hetze zur abendländischen Überlieferung gehören, entsprechend der Forderung in Matth. 18, 21-22, einem Bruder, der einem geschadet (gesündigt) hat, siebenmal siebenmal zu vergeben. Das bedeutet die sittliche Verpflichtung, einem Menschen guten Willens immer zu vergeben.

Einige Schlüsselbegriffe seien hier angesprochen:

- Die immer wieder gebrauchten Begriffe **„Erinnerung“** und **„Verantwortung“** im Zusammenhang mit der Erwähnung von Untaten, die vor über 60 Jahren begangen worden sind, gehören der Sprachmanipulation an und dienen der Verwirrung, abgesehen davon, daß diese Rituale dem christlichen Gebot des Vergebens (vgl. u. a. Matth. 18, 21 – 22) zuwiderlaufen; denn erinnern kann man sich nur an eigene Taten und Erlebnisse. Für Taten früherer Generationen kann es nur ein „Gedenken“ geben. „Verantwortung“ tragen kann man nur für eigene Taten, nicht für Verbrechen anderer. Immer wieder zeigen politisch korrekte Kreise, daß sie im krassen Gegensatz zu allen anderen Staaten der Erde Schandmale mehr als Denkmale lieben.
- Der Begriff **„rechtsradikal“** ist ein Totschlagbegriff und wohl in keinem Gesetz erläutert. Er wird dann angewendet, wenn Menschen oder Vereinigungen fordern, daß Deutschland das Land der Deutschen bleiben soll – mit entsprechenden Einzelforderungen – und daß in der deutschen Geschichte, insbesondere derjenigen der Jahre zwischen 1933 und 1945, nicht nur die deutsche Schuld beschworen wird. Aus Steuergeldern wird Personal dafür bezahlt, daß sich vaterländischer Geist in Deutschland nicht entwickeln kann. „Vaterländisch gesinnt“ hat aber mit gewalttätig nichts zu tun. Gewalttätigkeit, von wem und aus welchem Grund auch immer begangen, ist für die menschliche Gemeinschaft nicht tragbar und deshalb zu bestrafen. Laufend gewinnt man den Eindruck, daß Gewalttätige und Nationale in einen Topf geworfen werden. Wer aber fördert oder bezahlt die Gewalttätigen?

Wäre es z. B. nicht Aufgabe der Bundesregierung, immer wieder die Ursachen darzustellen, warum der Nationalsozialismus an die Macht gekommen ist und welche Rolle Polen beim Ausbruch des 2. Weltkrieges gespielt hat. Wäre es nicht Polens moralische Pflicht gewesen, die von Deutschland vorgeschlagene Volksabstimmung im Korridor zwischen der westlichen und östlichen Reichshälfte zuzulassen. Je nach Ergebnis der Abstimmung sollte entweder Deutschland eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung durch das polnisch verbleibende Westpreußen oder Polen eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung durch das wieder deutsch gewordene Westpreußen zum polnisch verbleibenden Ostseehafen Gdingen erhalten. War diese deutsche Forderung unzumutbar? Es besteht der starke Eindruck, daß die Mächtigen seit dem Ende des 1. Weltkrieges Volksabstimmungen fürchten „wie der Teufel das Weihwasser“, auch wenn sie ständig von „Demokratie“ reden. Das haben beispielhaft die Reaktionen auf die Abstimmung der Schweizer am 29.11.2009 gegen den Bau von Minaretten gezeigt. Bei einer Wahlbeteiligung von 54% lehnten die Schweizer mit 58% den weiteren Bau von Minaretten ab. Daraufhin meldete sich aus politisch korrekten Kreisen und aus islamischen Ländern Protest, auch aus der Türkei. Dabei steht diesem Land Protest nicht gut an; denn dieses Land ist gegenüber nicht-islamischen Religionen und nicht-türkischen Völkern ausgesprochen intolerant. In der Türkei, früher im Osmanischen Reich, wurden die christlichen Kirchen seit einem Jahrtausend bis zur heutigen Bedeutungslosigkeit unterdrückt.

- Zu den **Gewerkschaften** ist ebenfalls eine Anmerkung erforderlich: An sich ist es gut, wenn Arbeitnehmer ihre Interessen gewerkschaftlich vertreten. Merkwürdig ist aber, daß allgemeinen Rechte und Pflichten der Gewerkschaftstätigkeit nicht gesetzlich geregelt sind, sondern nur aus dem Recht abgeleitet werden, „Vereinigungen zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ (sog. Koalitionsfreiheit) zu bilden (Art. 9 Abs. 3 GG). Einzelheiten zur Auslegung haben sich aus einer umfangreichen Rechtsprechung zum Thema entwickelt. Immer wieder läßt sich beobachten, daß es den Gewerkschaften eher um das kurzfristige Interesse ihrer Mitglieder als um das Allgemeinwohl geht. Die gesetzlich geregelte „Mitbestimmung“ in Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten nützt vor allem Gewerkschaftsfunktionären im Aufsichtsrat. Wäre es nicht besser, wenn statt der Flächentarifverträge durch die Gewerkschaften Einzelvereinbarungen durch die Betriebsräte ge-

schlossen würden? Einzelvereinbarungen könnten die Leistungsfähigkeit von Firmen kurzfristig und besser berücksichtigen. Im Zeitalter der Globalisierung richten sich die Löhne nicht nach den Lebenshaltungskosten der Arbeitnehmer, sondern nach willkürlich festgelegten Währungs-Wechselkursen und nach dem geringeren Lebensstandard östlicher Arbeitnehmer. Gewerkschaften können für die kleinen Leute in Deutschland nicht mehr viel bewirken, und das, obwohl die schlecht bezahlten Leute vor Ort und die fachkundigen Organisatoren der unteren Führungsebene für uns die wichtigsten Leistungen erbringen – ganz im Gegensatz zu unfähigen und geldgierigen Spitzenkräften.

Die gerade beschriebenen Zustände sind der sog. **Umerziehung** der Deutschen durch die Siegermächte und ihren Helfern in Deutschland zu verdanken, insbesondere sog. Remigranten. Bemerkenswerterweise hat die ehemalige sowjetische Besatzungsmacht offenbar das selbständige Denken der Deutschen weniger beeinträchtigt als die Westalliierten. Sonst wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. Die Wirkung der Umerziehung ist in der sog. achtundsechziger Bewegung zunehmend deutlich geworden. Sie ging von der neomarxistischen „Frankfurter Schule“ um einige Soziologieprofessoren aus, von denen beispielhaft erwähnt seien: Max Horkheimer (1895 – 1973), Theodor Wiesengrund-Adorno (1903 – 1969) und Herbert Marcuse (1898 – 1979). Sie sind wesentlich verantwortlich für die Zerstörung der Vaterlandsliebe der Deutschen mit all ihren üblen Folgen; denn vor allem aktive und gegenüber anderen Ansichten intolerante Studenten und Intellektuelle fühlten sich von den Theorien der linken Professoren angezogen.

Überraschend ist übrigens, welch vaterländischer Geist noch aus der Berichterstattung der sog. Lizenzpresse kurz nach dem 2. Weltkrieg spricht. Unsere linken Zerstörer würden eine Berichterstattung, wie sie kurz nach dem 2. Weltkrieg noch möglich war, heute als „rechtsradikal“ anprangern. Eines ist sicher: Mit verantwortungsbewußter Berichterstattung, mit ebensolchem politischen Handeln und mit Meinungsfreiheit haben die geschilderten Zustände in Deutschland schon lange nichts mehr zu tun.

Stand: 07.06.2022